

Advocacy zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen

Das erste deutsche Whistleblowing-Gesetz zur Umsetzung der EU-Whistleblowing-Richtlinie ist Ende April [vorerst gescheitert](#). Die Koalition zwischen SPD und CDU konnte sich nicht einigen. Das SPD-geführte Bundesjustizministerium hatte einen Referentenentwurf vorgelegt, der von der CDU/CSU abgelehnt worden ist, weil er über die EU-Vorgaben hinausging. Das ist sicherlich ärgerlich: Da hatten Beamte des Justizministeriums viel Arbeit und Aufwand in die Erarbeitung eines lange überfälligen deutschen Hinweisgeberschutzgesetzes gesteckt und dann verschwindet der Entwurf in der Schublade, weil sich die politische Ebene nicht einigen kann. Das hat auch unsere hochinteressante Veranstaltung [„Nationale Umsetzung der EU-Whistleblowing-Richtlinie – wie soll das Gesetz aussehen?“](#) unter Einbindung von Bundestagsabgeordneten von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Bund deutscher Arbeitgeber nicht verhindern können – um nur ein Beispiel unserer vielfältigen Advocacy-Aktivitäten zu nennen.

Aus unserer Sicht hat das Scheitern in der vergangenen Legislaturperiode allerdings etwas Gutes: Selbst wenn der Referentenentwurf über die Vorgaben der Richtlinie hinausging, gab es doch noch so einiges, was aus unserer Sicht zu einem guten Whistleblowinggesetz gefehlt hat. Die neue Ampelkoalition scheint einem umfassenden Whistleblowerschutz aufgeschlossener gegenüber zu stehen, wie unsere Auswertung der [Wahlprogramme](#) und unsere [Wahlprüfsteine](#) gezeigt haben. Konsequenterweise bekennt sich die neue Bundesregierung im [Koalitionsvertrag](#) zu einer „rechtssicheren und praktikablen“ Umsetzung der Richtlinie. und will Whistleblower auch bei der Aufdeckung von erheblichen Verstößen gegen Vorschriften oder sonstigem erheblichen Fehlverhalten schützen, wenn dies im besonderen öffentlichen Interesse liegt.

Eine vernünftige Regelung für die Zusammenarbeit zwischen Whistleblowern und Journalisten mit einem Vorrang für die Meinungsäußerungs- und Pressefreiheit wäre äußerst wichtig. Wirecard, Cum-Ex, Panamapapers, Rechtsextreme bei der Bundeswehr, Steuervermeidung in Luxemburg: Lauter Fälle, die zeigen, dass allzu oft erst dank medialer Berichterstattung Täter*innen zur Rechenschaft gezogen und politische Konsequenzen folgen. Gemeinsam mit Reporter ohne Grenzen haben wir hierzu u.a. mit Sven Giegold, Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Europaparlament und Georg Mascolo, Leiter der Recherche Kooperation von NDR, WDR, SZ [öffentlich diskutiert](#). Aktuell engagieren wir uns für [Raphael Halet \(Luxleaks\)](#), dessen Fall im Februar erneut vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verhandelt wird. WBN ist hier als einzige deutsche NGO zugelassen worden, um eine sogenannte Drittparteienintervention machen zu dürfen.

Auch die Einbeziehung von Verschlussachen und dem Bereich der nationalen Sicherheit in ein Whistleblowinggesetz wäre von großer Bedeutung. Gerade in den intransparentesten Bereichen, in denen sowohl parlamentarische Kontrolle als auch die Kontrolle durch Medien und Bürger (z.B. durch Anfragen über das Informationsfreiheitsgesetz) so eingeschränkt ist, braucht es bei Missständen mutige Menschen, die für Aufklärung sorgen. Und diese Menschen brauchen Schutz! Dafür haben wir uns eingesetzt. So haben wir auf eine [Kleine Anfrage](#) der Grünen im Bundestag hingearbeitet, um einen besseren Informationsstand über die Zahl von Verschlussachen in deutschen Behörden zu bekommen. Und dann haben wir die Ergebnisse und mögliche legislative Verbesserungsvorschläge [in den Medien diskutiert](#).

Im internationalen Rahmen setzen wir uns dafür ein, dass Julian Assange – der erheblich dazu beigetragen hat, Kriegsverbrechen der USA 2007 im Irak ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen – nicht in die USA ausgeliefert wird. Auf unserer [Webseite](#) und in den Sozialen Medien berichten wir regelmäßig über Assanges untragbare Situation.

Außerdem versuchen wir dazu beizutragen, dass Kommunikation zwischen Whistleblowern, Journalisten und Beratungsstellen ohne das lauschende Ohr des Staates stattfindet. Gemeinsam mit Reporter ohne Grenzen und Investigativjournalistinnen und -journalisten haben wir [Klage gegen den Einsatz von Staatstrojanern](#) eingelegt.

Unseren Anliegen verleihen wir mit solchen Veranstaltungen Sichtbarkeit, aber auch mit anderen Formen der Öffentlichkeitsarbeit. Über Nachrichten in den sozialen Medien ([Twitter](#), [Facebook](#), [Instagram](#) und [LinkedIn](#)), den [Newsletter](#) und [Pressespiegel](#) können wir die Menschen ohne persönliche Begegnungen erreichen. Für die Medien sind wir dank unserer Pressarbeit und unsere Kontaktpflege mit Journalisten ein gefragter Ansprechpartner. Unter „[Wir in den Medien](#)“ sammeln wir Pressennennungen, die von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung über den Fernsehsender Phönix bis zum Inforadio rbb reichen.

Neben diesen – auf möglichst viel Aufmerksamkeit gerichteten Tätigkeiten – machen wir auch Vieles, bei dem es stiller zugeht:

Beratung für Whistleblower

Unser Beratungsangebot wendet sich an (potenzielle) Whistleblower, die im öffentlichen Interesse auf erhebliche Missstände in ihrem Arbeitsumfeld hingewiesen haben oder überlegen, dies zu tun. Unsere **Beratungsgruppe** hat im letzten Jahr Whistleblowern weiter konkrete Unterstützung und Hilfestellung geboten. Beratung bedeutet für uns, (potenziellen) Whistleblowern bei Ihrem individuellen Fall Hilfestellung anzubieten oder ihnen dabei zu helfen diese zu finden. Wir selbst helfen mit, dass eine professionelle psychologische, juristische und gegebenenfalls auch eine mediale oder politische Unterstützung des Whistleblowers und seines Anliegens zu Stande kommt. Unser präferierter Kontaktweg ist dabei unser digitales Portal „[Missstände melden](#)“.

Bildungsarbeit

Das von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung geförderte Projekt ging weiter. Mit Online-Workshops, Seminaren und Vorträgen für Schulen, Jugendorganisationen und andere Bildungseinrichtungen wurden junge Menschen für das Thema sensibilisiert. Themenschwerpunkt war die Wechselwirkung zwischen Whistleblowing und Grundrechten. So zum Beispiel bei der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung oder beim Bildungswerk der [Heinrich-Böll-Stiftung](#). In diesem Rahmen ist als Unterrichtsmaterial ein Grundrechtetkatalog entstanden, den wir Ihnen bei Interesse gerne zuschicken.

Darüber hinaus haben Vereinsmitglieder und Geschäftsstellenmitarbeiter verschiedene Seminare und Vorträge gehalten: Von Seminaren für Studierende der Sozialen Arbeit über [die SUSPEKTRUM](#), [Fachkonferenz gegen Wirtschaftskriminalität](#), bis hin zur [Arbeitstagung Korruption von Polizei/Justiz/Steuer NRW](#).

Umsetzung von Whistleblowerschutz durch Organisationsberatung

Die EU-Whistleblowing-Richtlinie verpflichtet Unternehmen, Behörden und Organisationen ab einer bestimmten Größe, Hinweisgebersysteme einzuführen. Mit unserer Expertise,

unserem Netzwerk und unserer Erfahrung wollen wir sie dahingehend beraten, dass sie derartige Systeme nicht nur pro forma einführen, sondern auch in Bereichen wie der Organisationskultur die notwendigen Veränderungen einleiten. Erste Schulungen konnten wir bereits durchführen. Nach der Verabschiedung eines Whistleblower-Gesetzes dürfte die Nachfrage deutlich anziehen. Für die Akquise ist es hilfreich, dass wir im diesjährigen [Whistleblowing Report 2021](#) prominent mit einem Vorwort vertreten sind.

Geschäftsstelle

Dank Ihrer Beiträge, Spenden und der Förderungen durch die Landeszentrale für politische Bildung und vor allem durch die Open Society Initiative for Europe (OSIFE) beschäftigen wir zwei **hauptamtliche Mitarbeiter** in Teilzeit – wobei Kosmas Zittel seit dem 15. Oktober auf Grund von Elternzeit die Stundenzahl auf sieben Wochenstunden reduziert hat –, einen studentischen Mitarbeiter, eine Bildungsreferentin auf Honorarbasis und phasenweise eine Praktikantin. Aber die Förderung von OSIFE ist ausgelaufen und für die Betreibung unserer Geschäftsstelle sind wir mehr denn je auf Spenderinnen und Spender und regelmäßige Fördermitglieder angewiesen. Daher unsere große Bitte: Machen Sie Werbung für uns!

Vielen Dank für Ihre Unterstützung,

Ihr Team von WBN

WBN – Whistleblower Netzwerk

Whistleblower-Netzwerk e.V.

c/o DJV (Deutscher Journalisten-Verband)

Alte Jakobstr. 79/80

10179 Berlin

Tel. 0162 7393651

info@whistleblower-net.de

www.whistleblower-net.de